



Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

Postulat Schmid Ralph Alexander

2019-GC-32

Kompensation von CO₂-Emissionen im Kanton Freiburg

I. Zusammenfassung des Postulats

In seinem am 28. Februar 2019 eingereichten und begründeten Postulat beauftragt Grossrat Schmid den Staatsrat mit der Verfassung eines Berichts über die Möglichkeit, eine Internet-Plattform zu erstellen, die den Bürgerinnen und Bürgern regionale Projekte zur freiwilligen Kompensation ihrer CO₂-Emissionen anbietet. Projekte der Gemeinden und des Kantons, aber auch aus der Wirtschaft oder der Privatwirtschaft sollen angeboten werden. Diese Plattform könnte in Zusammenarbeit mit anderen interessierten Kantonen entwickelt werden.

II. Antwort des Staatsrats

Die Kompensation der CO₂-Emissionen besteht im Kauf von Zertifikaten, dank denen im Ausland ausgeführte Projekte zur Reduzierung der Emissionen finanziert werden, mit dem Ziel, die eignen Emissionen so zu kompensieren. Dieser Mechanismus stellt einen der Pfeiler der Bundesgesetzgebung über das CO₂ dar. Die Beträge, die jährlich in solche Projekte investiert werden, um klimapolitische Ziele zu erreichen, können auf mehrere Dutzend Millionen geschätzt werden.

Der Kauf von Kompensationszertifikaten wird zunehmend auch auf freiwilliger Basis getätigt, sowohl von Privatpersonen wie auch von Unternehmen. So stieg beispielsweise im Luftfahrtsektor die Menge der freiwillig kompensierten CO₂-Emissionen im Jahr 2018 um 70 % auf 32'000 Tonnen.

Wie es der Urheber des Postulats feststellt, sind Lösungen zur Kompensation der CO₂-Emissionen durch die Unterstützung von lokalen Projekten derzeit eher selten. Im Kanton Freiburg stellt die Stiftung Carbon Fri eine bemerkenswerte Ausnahme dar. Die im Februar 2018 von der Freiburger Kantonalbank, der Handels- und Industriekammer des Kantons Freiburg und dem spezialisierten Unternehmen Climate Services ins Leben gerufene Stiftung hat zum Ziel, die Reduzierung der CO₂-Emissionen von Freiburger Unternehmen zu fördern. Zu diesem Zweck vergibt sie das Label «CARBON FRI» an Unternehmen, die sich verpflichten, ihre Emissionen zu reduzieren und pro ausgestossene Tonne CO₂ einen Beitrag in die Stiftung zu investieren. Die gesamten so gesammelten Gelder werden in die Freiburger Wirtschaft investiert, indem lokale Projekte zur Emissionsreduzierung unterstützt werden. Die von der Stiftung angebotenen Dienstleistungen richten sich jedoch nicht an die Bürgerinnen und Bürger, die ihre Emissionen durch die Unterstützung regionaler Projekte kompensieren möchten.

Der Staatsrat teilt die Anliegen des Urhebers des Postulats und befürwortet eine Verlagerung der mit der Kompensation der CO₂-Emissionen verbundenen Finanzströme. So hat er die Gründung der Stiftung Carbon Fri unterstützt, indem er deren Akkreditierung nach der Norm ISO 14024 finanziert

hat. Er zieht nun einen weiteren Schritt in Erwägung, indem er Pilotprojekte für gewisse Verwaltungseinheiten initiiert, die das Label der Stiftung erhalten sollen. Auf der Grundlage der gewonnenen Erfahrungen kann der Staatsrat dann entscheiden, ob er den Ansatz erweitert oder nicht.

Der Staatsrat sieht einen dreifachen Vorteil in Investitionen in lokalen Projekten zur Reduzierung der CO₂-Emissionen: eine Unterstützung der Freiburger Wirtschaft, wobei Investitionen bevorzugt werden, welche den in der Region tätigen Unternehmen zugutekommen; einen positiven Einfluss auf die Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons durch die Unterstützung von Projekten, die sie unmittelbar erreichen; ein Mittel zur Reduzierung der CO₂-Emissionen innerhalb des Kantons, im Einklang mit dem kantonalen Klimaplan, der zurzeit entwickelt wird.

Abschliessend schlägt der Staatsrat vor, auf das Postulat einzutreten. Um eine Vervielfachung der Plattformen zu vermeiden, schlägt er vor, zunächst die Verantwortlichen der Stiftung Carbon Fri anzusprechen, um zu prüfen, inwiefern und unter welchen Bedingungen ihre Tätigkeiten auf ein breiteres Publikum ausgedehnt werden könnten. Falls nötig, könnten alternative Lösungen, gegebenenfalls auch in Zusammenarbeit mit anderen Kantonen, zu einem späteren Zeitpunkt untersucht werden.

2. April 2019